

Betreff: [liste-muensterland] Frankfurter Rundschau:
Integrationskurse auf der Kippe –
Volkshochschulen schlagen Alarm und beklagen
Antragsstopp beim Bund

Von: "GGUA | Claudius Voigt" <voigt@ggua.de>

Gesendet: 04.02.2026 16:10:03

An: "liste-muensterland@asyl.org" <liste-muensterland@asyl.org>

Integrationskurse auf der Kippe – Volkshochschulen schlagen Alarm und beklagen Antragsstopp beim Bund

Stand: 03.02.2026, 14:51 Uhr

Von: [Pitt von Bebenburg](#)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bearbeitet offenbar keine Anträge für Integrationskurse mehr. Träger wurden nicht informiert und fürchten dramatische Folgen.

Der Bund beschneidet die Integrationskurse für Zugewanderte radikal – und ohne Rücksicht auf schwere Verwerfungen bei den Trägern. Die Volkshochschulen schlagen deswegen Alarm. Für diejenigen, die Deutsch lernen wollten oder sogar müssten, habe die Entscheidung gravierende Auswirkungen – und damit für die ganze Gesellschaft, warnen die Fachleute.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) spricht von einer „dramatischen Situation in den Integrationskursen“. Nach Darstellung des Verbandes bearbeitet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) seit Ende November keine Anträge teilnahmewilliger Personen mehr auf Zulassung zu einem Integrationskurs. Diese Genehmigung ist notwendig, um einen Integrationskurs zu besuchen, sofern man nicht vom Jobcenter dazu verpflichtet wurde.

„Lernwillige zum Abwarten verdonnert“

„Das bedeutet für die Träger bundesweit, dass derzeit nur in sehr geringem Umfang bereits geplante Kurse starten können und lernwillige Menschen zum Abwarten verdonnert werden“, berichtet Sascha Rex, Stabsstellen-Leiter beim DVV, der Frankfurter Rundschau. Das gelte auch für junge Menschen aus der Ukraine, die sich schnell in den Arbeitsmarkt integrieren wollten. Der von der Ampel-Regierung ausgerufene „Job-Turbo“ für die Ukrainerinnen und Ukrainer werde konterkariert, warnt Rex.

Die betroffenen Träger waren von den Behörden nach eigenen Angaben nicht, wie sonst bei solch einschneidenden Änderungen üblich, informiert worden – weder vorab noch später auf Nachfrage. Man solle doch bitte „von weiteren Nachfragen absehen und noch etwas Geduld aufbringen“, hieß es in einem Schreiben aus dem Bamf, das an einen Träger gerichtet war und der FR vorliegt.

Innenministerium unter Alexander Dobrindt (CSU) lässt Fragen offen

Das Ministerium von Alexander Dobrindt ([CSU](#)) und das ihm untergeordnete Bamf geben sich bei dem Thema schmallippig. Auf Anfrage antwortete ein Sprecher des Dobrindt-Ministeriums, es fände derzeit „eine Prüfung von Zulassungsanträgen“ nach einem Passus im Aufenthaltsgesetz statt. Nach diesem Gesetzestext dürfte es

nur um Ausländerinnen und Ausländer gehen, die keinen Teilnahmeanspruch besitzen und die „im Rahmen verfügbarer Kursplätze zur Teilnahme zugelassen werden“ könnten. Auf die entscheidenden Fragen, welche Gründe es für den Entscheidungsstopp gibt und wann die Bearbeitung wieder aufgenommen wurde, schwieg sich das Haus von Alexander Dobrindt aus.

Der Sprecher wies darauf hin, dass im Haushalt mit 1,064 Millionen Euro ein vergleichbarer Betrag wie im letzten Jahr für die Kurse zur Verfügung stehe. Ob er ausgeschöpft wird, wenn die Bescheinigungen zur Berechtigung weiter ausbleiben, ist damit allerdings nicht gesagt.

Einschnitt trifft auf Menschen mit verpflichtenden Deutschkursen

„Bis heute erhalten wir keine Auskunft, wie lange diese Situation noch anhält“, klagt Verbandssprecher Rex. Zugleich sei vom 1. November 2025 an die Kostenerstattung für die Träger um rund zehn Prozent verringert worden, trotz gestiegener Löhne und Kosten. „Das bringt die Volkshochschulen und die Träger in eine sehr schwierige Situation.“

Im Gespräch mit der FR schilderten mehrere Einrichtungen, wie ihre [Arbeit beeinträchtigt](#) wird. „Wir waren tatsächlich geschockt zu erfahren, dass bis auf Weiteres ohne Begründung keine Berechtigungen mehr ausgestellt werden“, sagte Stefanie Köhler, Leiterin der VHS Unteres Remstal in [Baden-Württemberg](#). Der Einschnitt betreffe indirekt auch diejenigen, die bereits eine Berechtigung oder sogar eine Verpflichtung zum Deutschkurs hätten. „Wenn keine neuen Berechtigungen ausgestellt werden, fallen ganze Kurse aus. Auch für diejenigen, die einen Kurs wahrnehmen müssten. Die stehen unter Druck, die Jobcenter setzen ihnen Fristen – und dann gibt es den Kurs nicht mehr.“

Droht eine Situation wie „bei den Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren“?

Köhler fürchtet Folgen für den Arbeitsmarkt: „Wenn sie kein Deutsch lernen können, bleiben sie in prekären Jobs hängen, in Putztrupps oder auf dem Bauhof. Wir verschenken das Potenzial – dabei bräuchten wir dringend Fachkräfte.“

Ihr Fachbereichsleiter Ralf Sonntag nennt den Umgang des Bundesamts mit den Trägern „äußerst unfair“. Private Bildungsträger stünden „vor dem Existenz-Aus“.

Die pädagogischen Fachleute warnen zudem vor negativen Effekten für die Gesellschaft. „Es ist eine Milchmädchenrechnung, wenn man glaubt, auf diese Weise Kosten für die Integration einsparen zu können“, konstatiert Alexandra Dedeurwaerder-Haas, die stellvertretende pädagogische Leiterin der VHS Rhein-Sieg. „Dass Integration ohne Sprache nicht klappt, haben wir schon bei den Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren gesehen.“

<https://www.fr.de/politik/integrationskurse-auf-der-kippe-volkshochschulen-schlagen-alarm-94152686.html>

Integrationskurse auf der Kippe – die Koalition muss Innenminister Dobrindt stoppen

Stand: 03.02.2026, 15:27 Uhr

Alexander Dobrindt (CSU) trocknet die Integrationskurse aus – still und heimlich, ohne auch nur den Beteiligten Bescheid zu geben. Das ist unfair und unklug. Der Kommentar.

Ein Bundesinnenminister sollte größten Wert darauf legen, dass sich zugewanderte Menschen in Deutschland so erfolgreich wie möglich integrieren können.

Deutschkenntnisse fördern das Zusammenleben und sie sind nicht zuletzt auch Voraussetzung dafür, mehr Menschen in eine Arbeit zu bringen, die ihren Fähigkeiten gerecht wird.

[CSU](#)-Politiker Alexander Dobrindt allerdings, der das Ministeramt bekleidet, scheint keinen allzu großen Wert darauf zu legen. Er trocknet die Integrationskurse aus – still und heimlich, ohne auch nur den Beteiligten Bescheid zu geben.

Seit Wochen lässt das ihm unterstellte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge diejenigen warten, die eine Berechtigung zum Kurs haben wollen. Ohne Ankündigung, ohne Absprachen, ohne Transparenz. Die Folge ist ein Dominoeffekt: Die Kurse sind nicht mehr planbar, kommen mangels ausreichend Teilnehmenden nicht zustande, bringen die zum Kurs Verpflichteten in große Not – und die beteiligten Bildungseinrichtungen samt ihren Kursleiterinnen und Kursleitern dazu.

Sonst lässt Dobrindt keine Gelegenheit aus, um für seine „Migrationswende“ zu werben. Hier beschneidet er die Integration lieber auf kaltem Wege. Womöglich will der Minister kein großes Aufsehen erregen, weil sein Vorgehen die Ziele des Koalitionsvertrags hintertreibt. „Wir wollen mehr in Integration investieren“, heißt es da. Ziel sei „eine Integration von Anfang an“. Das passt nicht zum aktuellen Vorgehen.

Schon bei der Haushaltsaufstellung musste die [SPD](#) darum kämpfen, dass auch 2026 genügend Mittel für die Kurse bereitstehen. Sie hatte Erfolg. Nun könnte Dobrindts Vorgehen dazu führen, dass das Geld zwar im Plan steht,

aber nicht ausgegeben werden kann – mangels Kursen und mangels Teilnahmeberechtigten.

Das ist unfair gegenüber den Beteiligten – und unklug mit Blick auf die Gesellschaft. Deutschland braucht mehr Integration statt weniger. Die Koalition muss den Innenminister stoppen.

<https://www.fr.de/meinung/kommentare/integration-die-koalition-muss-innenminister-dobrindt-stoppen-94152779.html>

--

Claudius Voigt (Pronomen: er)

Projekt Q – Büro zur Qualifizierung der Flüchtlings- und Migrationsberatung

Tel.: 0251 14486 – 26

Mob.: 01578 0497423

Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V.

Hafenstraße 3 - 5

48153 Münster

Tel.: 0251 14486 – 0

Fax: 0251 14486 – 10

www.ggua.de

Rechtsform: eingetragener Verein (e. V.)

Registergericht: Amtsgericht Münster, VR 2347

Vertretungsberechtigt gem. § 26 BGB: Christina Couceiro Nieto, Anton Degenhardt, Kirsten Eichler, Dominik Hüging (Schatzmeister), Verena Vielhaben, Claudius Voigt, Saskia Zeh

Datenschutzbeauftragte: Simone Hemken, IST-planbar GmbH

Wir verwenden grundsätzlich bei der Anrede eine geschlechtsneutrale Formulierung mit Vor- und Nachnamen. Falls Sie möchten, teilen Sie gerne mit, wie Sie angesprochen werden wollen.

Unterstützen Sie uns, Geflüchteten zu ihrem Recht zu verhelfen!

Spendenkonto der GGUA:

IBAN: DE50 4036 1906 0304 2222 00, (BIC: GENODEM1IBB, Volksbank Münsterland Nord eG)

Die GGUA ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden und Mitgliedsbeiträge sind daher steuerlich absetzbar.

Spenden per PayPal

Falls Sie im Bereich des Migrations- und Flüchtlingsrechts in NRW und darüber hinaus auf dem Laufenden bleiben wollen - hier können Sie sich in eine Infoliste (E-Mail-Verteiler) eintragen:

<http://www.asyl.org/mailman/listinfo/liste-muensterland>

Sie erhalten dann regelmäßig Info-Mails und können auch selbst über diese Liste relevante Informationen versenden. Falls Sie die Mails nicht mehr erhalten möchten: Unter demselben Link können Sie sich jederzeit wieder austragen.